

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 17 (1997)
Heft: 34

Artikel: Die Überwindung der Lohngesellschaft : Mehrfachtigkeit als gesellschaftliche Alternative
Autor: Gorz, André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652206>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Überwindung der Lohngesellschaft

Mehrfach­tätigkeit als gesellschaftliche Alternative*

Das unbedingte Bedürfnis nach einem ausreichenden und festen Einkommen ist eine Sache; das Bedürfnis zu handeln, zu schaffen, sich mit anderen zu messen, von ihnen anerkannt zu werden ist eine andere Sache, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt. Der Kapitalismus verschmilzt die beiden Bedürfnisse, er verkoppelt sie und gründet die Macht des Kapitals und seinen beherrschenden ideologischen Einfluss auf genau diese Verschmelzung: keine Tätigkeit, die nicht von einem „Arbeitgeber“ bestimmt und bezahlt ist, kein ausreichendes Einkommen, das nicht Bezahlung von „Arbeit“. *Das unbedingte Bedürfnis eines ausreichenden Einkommens dient als Vehikel, um im Gegenzug das „unbedingte Bedürfnis nach Arbeit“ einzuschmuggeln.* Das Bedürfnis zu handeln, zu schaffen, anerkannt zu werden, dient als Vehikel, um im Gegenzug das Bedürfnis einzuschmuggeln, für *alles*, was man tut, bezahlt zu werden.

Da die gesellschaftliche Produktion (des Nötigen und des Überflüssigen) immer weniger „Arbeit“ verlangt und immer weniger Lohn ausschüttet, wird es zunehmend schwieriger, sich durch bezahlte Arbeit ein ausreichendes und festes Einkommen zu sichern. Im Diskurs des Kapitals schreibt man diese Schwierigkeit der Tatsache zu, dass es „an Arbeit fehle“. Auf diese Weise verdeckt man die reale Situation; denn es mangelt sichtlich nicht an „Arbeit“, sondern an der Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital eine immer geringere Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt.

Um dem abzu­helfen, gilt es selbstverständlich nicht, „Arbeit zu (be)schaffen“; sondern alle gesellschaftlich nötige Arbeit und den gesamten gesellschaftlich produzierten Reichtum aufs Beste zu verteilen. Das wiederum hätte zur Folge, dass das, was der Kapitalismus künstlich verschmolzen hat, von neuem entkoppelt werden könnte: das Anrecht auf ein ausreichendes festes Einkommen bräuchte dann nicht mehr von der dauerhaften und festen Ausübung einer Beschäftigung abzuhängen; das Bedürfnis zu handeln, zu schaffen, von anderen anerkannt zu werden, bräuchte dann nicht mehr länger die Form einer bezahlten und fremdbestimmten Arbeit anzunehmen. Diese wird (im Gegenteil) einen immer geringeren Stellenwert im gesellschaftlichen Leben und auch im Leben jedes einzelnen einnehmen. Im Lebensalltag könnten sich vielfache Tätigkeiten gegenseitig ablösen und abwechseln, deren Vergütung und Rentabilität nicht mehr länger ihre notwendige Bedingung oder gar ihr Ziel wären. Die sozialen Beziehungen, die Kooperationszusammenhänge, der Sinn jedes einzelnen Lebens – sie alle würden sich hauptsächlich auf Tätigkeiten gründen, die kein Kapital verwerten. *Die Arbeitszeit würde aufhören, die gesellschaftlich vorrangige Zeit zu sein.*

So sehen – noch sehr schematisch – die Umriss der Gesellschaft und der Zivilisation aus, die jenseits der Lohngesellschaft entstehen könnten. Sie entsprechen dem aktuellen kulturellen Wandel. Sie entsprechen dem Streben nach einem mehrfachaktiven Leben, in dessen Rahmen jeder der Arbeit ihren genuinen Platz einräumen könnte, statt (wie bisher) das Leben auf die Freiräume zu beschränken, die ihm die Zwänge der „Arbeit“ noch übriglassen. Das aber setzt einen politischen Bruch voraus, der dem ideologischen Bruch gerecht wird, den der kulturelle Wandel nur undeutlich reflektiert. Das setzt voraus, dass das Bedürfnis zu handeln und gesellschaftlich anerkannt zu werden, sich von der bezahlten und vorgeschriebenen „Arbeit“ emanzipiert; dass die Arbeit sich von der Herrschaft des Kapitals befreit; und dass die Person sich schliesslich von der Herrschaft der Arbeit emanzipiert, um sich in der Vielfalt ihrer zahlreichen Tätigkeiten zu entfalten. Mit einem Wort, das setzt das Ende der Verkoppelung voraus, auf die das Kapital seinen beherrschenden ideologischen Einfluss und seine Macht gründet.

Der Kern des Problems und der zentrale Konfliktstoff, um den es geht, können in folgender Alternative zusammengefasst werden: entweder integriert man die Arbeit in die Mehrfachstätigkeit als eine ihrer Komponenten oder die Mehrfachstätigkeit in die Arbeit als eine ihrer Erscheinungsformen. Entweder integriert man die Arbeitszeit in die differenzierten Zeitordnungen eines mehrfachaktiven Lebens, gemäss den aktuellen kulturellen Bestrebungen, oder man unterwirft die Lebenszeit und die Lebensrhythmen den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals, den „Flexibilitäts“-Ansprüchen des Unternehmens. Kurz: es geht darum, entweder die Macht vom gesellschaftlichen Produktionsapparat und -prozess für die lebendigen Tätigkeiten zurückzuerobieren oder diese immer stärker jenen zu unterwerfen. Es geht eben nicht nur um die Verfügung und Macht über die Zeit, sondern es geht schlicht um die Macht selbst: um ihre Verteilung im Rahmen der Gesellschaft und um die Zukunft dieser Gesellschaft. Im Kampf um das Anrecht auf die Zeit weitet sich der kulturelle Konflikt unweigerlich in einen politischen Konflikt aus.

Dieser Konflikt ist keineswegs neu. Neu ist jedoch seine Tendenz, so unvermeidlich wie zentral zu werden. Die Mehrfachstätigkeit, nach der eine Mehrheit der Berufstätigen strebt, entspricht nicht nur ihren individuellen und privaten Wünschen und Bestrebungen. Sie ist nicht nur die Form, in der sich das Autonomiestreben der Personen zu verwirklichen versucht. Sie ist die Subjektivierung einer Autonomiefähigkeit, die die immaterielle Wirtschaft und die Unternehmen selbst von ihrem Personal fordern. Gerade dieses Vermögen zur Selbständigkeit nehmen die Arbeitnehmer im Streben nach der Mehrfachstätigkeit für sich selbst in Anspruch, und zwar in einem Ausmass, das die ihnen vom Unternehmen gezogenen Grenzen und das vom Unternehmen formulierte Bedürfnis bei weitem übersteigt. Der Konflikt um die Macht wird somit unvermeidbar; es geht um den Status dieser Autonomie, um ihren Umfang, *ihr Recht auf sich selbst*: um das Recht der Personen, über sich selbst zu verfügen, um die *Autonomie der Autonomie*, die nicht mehr als ein notwendiges, den Imperativen der Konkurrenzfähig-

keit und der Rentabilität unterworfenen Mittel gewertet werden soll, sondern als ein zentraler Wert, auf den alle anderen gründen und auf dessen Basis alle anderen zu bewerten sind. Mit einem Wort, es geht um *die Möglichkeit der persönlichen Selbständigkeit, sich unabhängig von den Interessen der Unternehmen zu entfalten*. Es geht um die Möglichkeit, der Macht des Kapitals, des Marktes und der Ökonomie die Betätigungsfelder zu entziehen, die sich in der von Arbeit freigesetzten Zeit eröffnen.

Eine exemplarische Illustration dieses Konflikts findet man in den beiden divergierenden Formeln von „Vielfachtätigkeit“ (pluriactivité) oder „Mehrfachtätigkeit“ (multiactivité), die der öffentlichen Debatte unterworfen sind. Die erste ist die typische Formel der Arbeitgeber. Sie betrachtet die sorgfältig eingegrenzte Selbständigkeit der Personen als ein Mittel zur Steigerung der Flexibilität und der Produktivität ihrer Arbeit. Die zweite hingegen beansprucht eine explizit politische Bedeutung, indem sie die Mehrfachtätigkeit als ein gesellschaftliches Konzept wahrnimmt: sie soll den Schwerpunkt des Lebens aller so verschieben, dass das Unternehmen und die ökonomischen Zwecken unterworfenen Arbeit nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

1. Die erste der beiden Formeln wird in einem Bericht des „Commissariat général du Plan“ (Hauptplanungsamt) zur „Zukunft der Arbeit in den kommenden zwanzig Jahren“ entwickelt, im sogenannten Boissonnat-Bericht. In ihm wird die Idee der „Vielfachtätigkeit“ wieder aufgegriffen, die schon früher von der Arbeitgeberseite diskutiert wurde. Sie sieht vor, dass die Unternehmen ihrem Personal „Beschäftigungsverträge“ anbieten können. Die Hauptfunktion dieser Verträge bestünde darin, die Bindung der ArbeitnehmerInnen an „ihre“ Unternehmen während der begrenzten Zeiträume nicht zu unterbrechen, in denen das Unternehmen keine Verwendung für ihre Arbeitskraft hat. Der „Beschäftigungsvertrag“ soll vor allem die „Flexibilität“ der Arbeitnehmer und die Diskontinuität der Beschäftigung erhöhen, ohne jedoch diese Beschäftigung zu einer temporären oder prekären werden zu lassen.

Dieses Ziel kann auf zweierlei Weise erreicht werden. Bei der ersten Variante bilden mehrere Unternehmen einen gemeinsamen Pool von Arbeitnehmern, die sie dauerhaft beschäftigen. (Hierbei handelt es sich um die ursprünglich von den Arbeitgebern diskutierte „Vielfachtätigkeit“.) Wenn das eine oder andere der assoziierten Unternehmen keine Vollzeitverwendung für alle seine Arbeitnehmer hat, dann kann es einen Teil seiner Belegschaft an jene assoziierten Unternehmen ausleihen, die vorübergehend Arbeitskräfte brauchen. Kurz gesagt handelt es sich um die Assoziation mehrerer Unternehmen in einer gemeinsamen Verwaltung ihres Personals mit dem Ziel, seine rationellste Verwendung zu sichern und den Nachfrageschwankungen entsprechen zu können, ohne systematisch auf externe oder Leiharbeitskräfte angewiesen zu sein.

Der Boissonnat-Bericht erschliesst diesem Konzept von „Vielfachtätigkeit“ neue Felder. Wenn eine Gruppe von Unternehmen keine Verwendung

für alle ihre Arbeitnehmer hat, sieht er vor, dass sie ihren vorübergehenden Arbeitskräfteüberschuss an „andere öffentliche oder private Akteure, wie Gemeinden, Schulen, verschiedene Verbände“ ausleihen kann oder sie „zu gemeinnützigen (zum Beispiel familiären)“ Zwecken oder zu Fortbildungszwecken beurlauben kann.¹

Aber wir sollten nicht glauben, dass das so freigesetzte Personal seine nicht-beruflichen Tätigkeiten frei wählen kann, seine Hauptinteressen und Kompetenzen diversifizieren und sein privates oder gemeinnütziges Wirken besser entfalten darf. Die Autoren präzisieren in der Tat, dass „die verschiedenen Arbeitsformen, einschliesslich der Fortbildung oder der unabhängigen oder assoziativen Tätigkeit, mit den kollektiven oder besonderen Interessen der den Beschäftigungsvertrag abschliessenden Unternehmen übereinstimmen müssen“.² Obgleich „für gemeinnützige Zwecke“ freigestellt, müssen die Arbeitnehmer so auch bei den von ihnen gewählten ehrenamtlichen oder kulturellen Tätigkeiten im Dienst ihrer Unternehmen stehen. So bleiben sie weiterhin der Logik und der Kontrolle ihrer Arbeitgeber unterworfen, und auch während der Unterbrechungen ihrer beruflichen Arbeit im eingeschränkten Horizont des Produktivismus eingeschlossen. „Die Autonomie der Person“ selbst wird um ihrer „produktiven Nützlichkeit“ willen instrumentalisiert.³ Der „Beschäftigungsvertrag“ erweitert letztlich die Herrschaft der produktivistischen Logik und die Unterordnung unter die Interessen des Unternehmens auch auf ausserberufliche Tätigkeiten, die sich zwischen die Phasen der Erwerbsarbeit schieben könnten.

2. Das Zentrum junger Manager (Centre des jeunes dirigeants, CJD) spricht sich für eine grundlegend andere Vorgehensweise aus. Der Arbeitgeberformel von der „Vielfachtätigkeit“ stellt es eine Formel gegenüber, die die „Wiederaneignung der Zeit jedem einzelnen“ ermöglicht. Die wiederangeeignete Zeit ist „der wahre Reichtum der kommenden Jahrzehnte [und] kann der Unterwerfung unter die ökonomischen Sachzwänge ein Ende bereiten. ... Wenn man jedem Bürger die Fähigkeit, sich seines Zeit-Kapitals wieder zu bemächtigen, zurückgibt, dann muss man ihn von der Notwendigkeit befreien, diese Zeit zum Erwerb des Lebensunterhalts festzulegen – sein Leben preiszugeben, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen.“⁴

Die Formel des CJD, die der von mir vorgeschlagenen sehr nahe kommt, sieht im Rahmen einer „ständigen (Tarif-)Verhandlung“ eine Arbeitszeitverkürzung vor, die sowohl pauschal (auf das jährliche oder mehrjährige Arbeitsvolumen bezogen) wie auch individualisiert (auf die Wochen- oder Monatsarbeitszeit bezogen) sein soll, um es jedem und jeder zu ermöglichen, seine und ihre Zeitpläne zu wählen und zu modulieren. Das Unternehmen sichert „den ArbeitnehmerInnen ihr Einkommen und ihren Status“, anders gesagt, es sichert ihren Anspruch auf ein kontinuierliches Einkommen für ein von den ArbeitnehmerInnen selbstbestimmtes diskontinuierliches Arbeitsleben. Der Anspruch auf „den frei gewählten Zeitrahmen“ soll zu einem neuen Verhältnis zur Arbeit führen, „der jedeN EinzelneN unter uns zu neuen Modi der Teilhabe am kollektiven und gesellschaftlichen

Leben befähigen wird“.⁵ „Das Unternehmen wird die zu grosse Bedeutung verlieren müssen, die es durch die Lohnarbeit im Leben der Menschen angenommen hat. ... Durch eine vollständige Umwälzung der Arbeitsorganisation, sowohl im Unternehmen als auch in der Gesellschaft“⁶ soll ein umfassender Wandel in Gang gesetzt werden. Die Arbeitsgesellschaft soll von einer Gesellschaft der „Vielfachtätigkeit“ abgelöst werden. Denn die einzigmögliche „Antwort auf die Arbeitslosigkeit, auf die von ihr hervorgerufenen Ausschliessungsmechanismen und auf den Bedarf an Resozialisierung, muss in der Mehrfachtätigkeit und einer neuen Vielfalt an Angehörigkeiten und Bezugspunkten gesucht werden.“ Daher rührt auch die Notwendigkeit, die Einkommensquellen zu diversifizieren. „Ab sofort ist das Unternehmen es der Gesellschaft schuldig, die Verriegelung des Lohnarbeitsverhältnisses aufzusprengen und es den einzelnen Personen freizustellen, sich schrittweise, je nach ihren eigenen Wünschen, auf die Logik der Mehrfachtätigkeit einzulassen. ... Aber umgekehrt ist es die Aufgabe der Gesellschaft ... den entsprechenden rechtlichen und politischen Rahmen zu schaffen.“⁷

Der Ausgangspunkt ist also diesmal eine explizit politische Überlegung. Die Mehrfachtätigkeit, die Reduzierung „der zu grossen Bedeutung“, die das Unternehmen und die Arbeit angenommen haben, werden als *eine allgemeine Bestrebung dargestellt, die ihren kollektiven Ausdruck und ihre politische Umsetzung durch eine Neugestaltung der Gesellschaft finden soll*. Diese Umgestaltung ist für das Überleben (oder besser: für die Wiederherstellung) einer Gesellschaft notwendig, in der sich sowohl die Personen wie auch die Unternehmen durch die Nutzung der neuen Produktivkräfte entfalten können. Diese Gesellschaft soll so eingerichtet sein, dass Formen flexibler, diskontinuierlicher und sich wandelnder Arbeitsverhältnisse nicht länger zum Zerfall der Gesellschaft führen, sondern zu neuen Formen von Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Welches immer auch ihre Grenzen sind, die Überlegungen des CJD unterscheiden sich vom herrschenden Diskurs. Sie geben deutlich zu verstehen, dass *das Unternehmen des XXI. Jahrhunderts eine andere Gesellschaft brauchen wird und diese sich nur entwickeln kann, wenn sie sich auf menschliche Bedürfnisse beruft, die die Bedürfnisse der Unternehmen bei weitem übersteigen*. Diese „Gesellschaft der Mehrfachtätigkeit und der frei verfügbaren Zeit“ muss sich auf Grund ihrer wesenseigenen Wünschbarkeit durchsetzen. Sie muss sich *auf Bestrebungen gründen, die es „reichen und autonomen Individuen“, auf die das Unternehmen angewiesen ist, ermöglichen, ihre produktive Funktion zu transzendieren und sich nicht mehr auf sie reduzieren zu lassen*.

Kurz, wir brauchen ein neues gesellschaftliches Konzept, das dem Bedürfnis nach immer grösserer persönlicher Autonomie entspricht und nicht dem Bedürfnis des Kapitals, sich diese Autonomie dienstbar zu machen und sie zu kontrollieren. Aus dieser Auffassung ergeben sich wichtige politische Konsequenzen: die sozialen Bedingungen müssen be-

seitigt werden, die es den postfordistischen Betrieben erlauben, sich Arbeitskräfte zu unterwerfen, über die sich keine Befehlsgewalt ausüben lässt. Das Kapital wird auf seine Herrschaft über die lebendige Arbeit verzichten müssen. In den diesbezüglichen Überlegungen des CJD lässt sich wie ein Wiederhall der marxischen Theorie des *general intellect* erkennen: „Die Quelle des Wertes befindet sich heute in der Intelligenz und der Kreativität. Sie verkörpert sich im Immateriellen. Das Wissen des Individuums ist wichtiger als die Laufzeit der Maschine. Indem er zum Inhaber seines eigenen Wissenskaptals wird, hat der Mensch einen Teil des Unternehmenskapitals inne. Dieser Wandel des Wertes wird in der Zukunft wichtige Konsequenzen zeitigen. Das Eigentum des Kapitals wird sich zunehmend vom Eigentum des Unternehmens dissoziieren. Das Unternehmen wird eine (Rechts-)Persönlichkeit erhalten müssen, die sich von der Kapitalgesellschaft unterscheidet. In dem Masse wie [jedeR einzelne] ... einen wachsenden Anteil am Wissen und also auch am Unternehmenskapital besitzt, wird sich die Notwendigkeit ergeben, die tägliche Organisation, den reibungslosen Ablauf, aber auch die höchst strategischen Entscheidungen gemeinsam auszuarbeiten und auszuhandeln. Wer wird sich zukünftig für den Besitzer des Unternehmens halten dürfen?“⁸

Verstehen wir uns recht: die Lohnarbeit soll verschwinden und mit ihr der Kapitalismus. Denkt man alle Implikationen und Konsequenzen dieser Gesellschaft der Mehrfachstätigkeit zu Ende, so wird diese nicht mehr als eine Umgestaltung der Arbeitsgesellschaft gedacht werden können. Es handelt sich um einen Bruch: eine andere Gesellschaft. Damit diese sich etablieren und die Mehrfachbetätigung sich entwickeln kann, wird es keineswegs genügen, dass „die Gesellschaft ihr den rechtlichen und politischen Rahmen schafft“, oder dass „das Unternehmen die Verriegelung des Lohnarbeitsverhältnisses aufsprengt“. Damit die Mehrfachstätigkeit sich entwickeln kann, wird es darüber hinaus nötig sein, dass *die Gesellschaft sich in dieser Hinsicht durch ein Ensemble spezifischer Politiken organisiert*; dass sie also die gesellschaftliche Zeit und den gesellschaftlichen Raum in einer Weise gestaltet, die abwechselnd oder gleichzeitig betriebene Tätigkeiten und Angehörigkeiten als die normale, von allen erwünschte und erwartete Lebensführung erscheinen lässt; dass also jedeR einem kooperativen Selbstversorgungsunternehmen, einem Selbsthilfenetzwerk, einer wissenschaftlichen Forschungs- oder Experimentiergruppe, einem Orchester oder Chor, einer Werkstatt für dramatische Kunst, für Tanz und/oder für Malerei, einem Sportverein, einer Yoga- oder Judo-Schule etc. angehört. Und dass das Ziel der Sport- oder Kunst-“Gesellschaften“ nicht die Auslese, die Ausscheidung, die Hierarchisierung ist, sondern darin besteht, *jedes einzelne Mitglied dazu zu ermutigen, sich fortlaufend neu zu definieren und zu überbieten im Wettstreit und im Zusammenspiel mit den anderen*. Dieses Streben jedes Einzelnen nach Vollkommenheit ist das gemeinsame Ziel aller. Gerade hierdurch unterscheidet sich die „Kulturgesellschaft“ (deren abendländischer Prototyp die athenische Gesellschaft war) von den Arbeitsgesellschaften.

Wege aus dem Kapitalismus hinaus

Ich werde jetzt versuchen, dieses „Bündel von spezifischen Politiken“ zu umreissen, die mit der Arbeitsgesellschaft brechen und die Weichen für eine Gesellschaft der Mehrfachtigkeit und der Kultur stellen könnte. Es handelt sich hierbei um einen experimentellen Versuch, dessen Ziele mit den „revolutionären Reformen“ verwandt sind, die einige von uns bereits zu Beginn der sechziger Jahre formuliert haben.⁹

1. Zunächst geht es darum, das Denken und die Phantasie von ideologischen Gemeinplätzen des herrschenden gesellschaftlichen Diskurses zu befreien; und exemplarische Experimente konsequent zu Ende zu denken, die neue produktive Kooperations-, Tausch-, Solidaritäts- und Lebensformen effektiv ausloten.

2. Es geht darüber hinaus darum, die gegenwärtige, sich in der Desintegrationsphase befindliche Gesellschaft aus der Perspektive einer radikal anderen Gesellschaft und Ökonomie wahrzunehmen, die sich am Horizont der Wandlungsprozesse als deren sinnhafte Vollendung abzeichnen. Das verpflichtet einerseits dazu, den Sinn dieser Veränderungen und die Konturen des Zukünftigen deutlicher auszumachen. Und andererseits verpflichtet es zu der Einsicht, dass wir keine „Krise“ durchleben, die durch die Wiederherstellung der vorherigen Bedingungen beendet werden könnte, sondern einen Wandel, durch den der Kapitalismus seine eigenen Existenzgrundlagen zerstört und die Voraussetzungen seiner Überwindung schafft. Man muss allerdings fähig sein, sich dieser Voraussetzungen zu bemächtigen und die Überwindung des Kapitalismus vom Standpunkt ihres Endergebnisses her zu denken. Nur aus dieser Sicht können wir beurteilen, was wir tun oder unterlassen.

3. Schliesslich geht es darum, „die Differenz zwischen Gesellschaft und Kapitalismus im grösstmöglichen Ausmass zu erweitern“,¹⁰ das heisst, die Räume und Mittel maximal zu vergrössern, die die Verwirklichung alternativer Gesellschaftlichkeit, Lebens-, Kooperations- und Tätigkeitsformen erlauben; sie dem Zugriff von Kapital und Staat zu entziehen. Mit anderen Worten geht es um die maximale Erweiterung der Wege „aus dem Kapitalismus hinaus“, und zwar verstanden im Sinne eines biblischen Exodus, der sein „gelobtes Land“ unterwegs erfindet.

Die institutionellen Entscheidungsträger, die die Umsetzung dieser Politiken einleiten können, werden nicht mehr die Entscheidungsträger der anderen Gesellschaft sein, die auf ihre Entstehung drängt. Man darf von der Politik allein erwarten, dass sie die Freiräume schafft, in denen sich die alternativen sozialen Praxisformen entwickeln können. Dementsprechend muss eine Politik bewertet werden, die die Mehrfachtigkeit erlaubt und veranlasst; denn die Mehrfachtigkeit ist zugleich die bewegende Kraft und das Ziel des Exodus, denn sie relativiert die Lohnbeziehung und setzt der „Arbeit“ unterschiedliche Kooperationsformen entgegen. Wir werden das später anlässlich einer Politik beobachten können, deren erklärtes Ziel „die Verwandlung der Stadt“ ist: die Veränderung der Mentalitäten wird

durch die der sozialen Umwelt beschleunigt, die ihrerseits durch die Veränderung der Mentalitäten beschleunigt wird. Die Systemtheoretiker nennen das „rekursive Wechselwirkung“ („boucle récursive“) – sie erzeugt selbst ihre eigene Ursache.

Fausto Bertinotti hat all das ganz gut gesehen, ohne die Rolle überzubewerten, die eine politische Partei in der revolutionären Alternative spielen kann. „Die revolutionäre Alternative bietet sich an als ein langwieriger sozialer Transformationsprozess, der Brüche, die Organisation von Subjektivität, die Konstruktion konkreter Erfahrungen und ‚exemplarischer‘ institutioneller Ebenen sowie die Fähigkeit zur theoretischen Erneuerung anhäuft ... Der Entwurf einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ... muss zugleich die Elemente eines möglichen ‚Was tun?‘ und die Skizze einer ‚anderen Gesellschaft‘, einer ‚anderen Entwicklung‘, ‚anderer zwischenmenschlicher Beziehungstypen‘ *inszenieren* und in einer gemeinsamen Perspektive Bestrebungen und Erfahrungsebenen vereinen, die sich sonst nur getrennt und fragmentarisch ausdrücken, unfähig, sich miteinander zu verbinden.“¹¹

Gemeint sind neue soziale Beziehungen, die sich der Logik des Marktes, des Geldes, der geschlechtsspezifischen Aufgabenverteilung entziehen; neue zeitliche Freiräume; der Lohnarbeit entzogene neue Produktionstechniken und ein neues Verhältnis zur Umwelt, das den natürlichen Gleichgewichten und anderen Lebensformen Sorge trägt etc. Im Zentrum all dieser Neugestaltungen steht immer die individuelle und kollektive Wiederaneignung der Zeit und der Zeiteinteilung.

Man muss zeigen, dass *die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft auf die Möglichkeit ihres Jenseits hinweist*. Man muss zeigen, dass eine Sache möglich ist, damit sie es wird.

* Auszug aus dem im Herbst 1997 erschienenen neuen Buch von André Gorz „Misères du présent – Richesse du possible“, Galilée, Paris. Erscheint 1998 im Suhrkamp Verlag, dem wir für die Erlaubnis zum Vorabdruck danken. Übersetzung von Renate Hörisch-Hellgrath, durchgesehen und endredigiert von André Gorz.

Anmerkungen

- 1 Commissariat général du Plan, Le travail dans 20 ans, Paris, Odile Jacob / La documentation française, 1995, S. 30-31.
- 2 Ebd., S. 286-288.
- 3 Ebd., S. 282.
- 4 Centre des Jeunes Dirigeants, L'entreprise au XXI siècle, Paris, Flammarion, 1996, S. 125.
- 5 Ebd., S. 43-44.
- 6 Ebd., S. 11.
- 7 Ebd., S. 119-120.
- 8 Ebd., S. 27-28.
- 9 Siehe A. Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, EVA, 1967. Frankfurt/M.

- 10 Diese Formulierung stammt von Claudio Napoleoni, einem katholischen kommunistischen Ökonomen und Philosophen, dessen Kritik der kapitalistischen Zivilisation vierzig Jahre lang die Debatten der radikalen italienischen Linken belebt hat. Als er im Rahmen einer öffentlichen Diskussion von einem Opponenten gefragt wurde: „Claudio, dovè la porta?“ (nämlich der Ausgang aus dem Kapitalismus), hat Napoleoni geantwortet: „Es handelt sich nicht darum, aus dem Kapitalismus auszutreten, um in etwas anderes einzutreten; „*ma si tratta di allargare nella massima misura la differenza fra società e capitalismo, di allargare cioè la zona di non identificazione dell'uomo con la soggettività capovolta*“.
- 11 Fausto Bertinotti, „Una domanda“, Il Manifesto, 26. Januar 1996.

Crossover (Hrsg.)

Zur Politik zurück

Für einen ökologisch-solidarischen
New Deal
1997 – 264 S. – DM 29,80 – ÖS 218
SFR 27,50 – ISBN 3-89691-421-9

Rainer Rotermundt

Staat und Politik

Einstiege Band 4
1997 – 207 S. – DM 29,80 – ÖS 218
SFR 27,50 – ISBN 3-89691-696-3

Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.)

Demokratie in Gefahr?

Zum Zustand der deutschen Republik
1997 – 516 S. – DM 48,00 – ÖS 350
SFR 44,50 – ISBN 3-89691-422-7

Reinhardt Köbler

Entwicklung

Einstiege Band 3
1997 – ca. 190 S. – DM 29,80 – ÖS 218
SFR 27,50 – ISBN 3-89691-697-1

Bernd Röttger

Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation

Die politische Konstitution des
Marktes
1997 – 252 S. – DM 39,80 – ÖS 291
SFR 37,00 – ISBN 3-89691-420-0

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
<http://www.login1.com/dampfboot>